

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**29. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode  
2013/2018**

Sitzungstermin:	Dienstag, 07.03.2017	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	17:45 Uhr	
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsforder Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Andreas Sankewitz- SPD		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Ingo Schaffenberg- SPD		
Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN		
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- grün+alternativ+links (GAL)		
Volker Krause- BfL		Vertretung für: Frau Natalie Regier
Heidemarie Menorca- CDU		
Peter Petereit- SPD		
Henning Stabe- CDU		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Jean Paul Köpsell- SPD		
Volker Nehrhoff- CDU		Vertretung für: Herrn Bernd Mewes
Joachim Schlitzke- FDP		
Ulrike Siebdrat- SPD		
Sieglinde Thors- CDU		Vertretung für: Frau Nil Gersdorf
Aneta Wolter- CDU		Vertretung für: Herrn Thomas Thalau
Katjana Zunft- FREIE WÄHLER&DIE LINKE		ab 16.16 Uhr (TOP 6.1)
<b>Verwaltung</b>		
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Monika Borso-		
Jörg Diekert-		
Dr. Michael Hamschmidt-		
Manuel Hertz- FBC FB 2		
Ulrich Kewitz- 2.500 - Soziale Sicherung		

Beate Leu-	
Sigrid Roggensack-	
Elke Sasse-	
Matthias Wulf-	
<b>Protokollführung</b>	
Britta Bormann-	
<b>Gäste</b>	
Elke Fernow- Personalrat SIE	nur ÖT
Götz Gebert- Seniorenbeirat	nur ÖT
Karina Glisovic- Personalrat SIE	nur ÖT
Beate Herrmann- 2.502 - Personalrat SIE	nur ÖT
Petra Hoeft- Personalrat SIE	nur ÖT
Peter Jugert- Seniorenbeirat	nur ÖT
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Thomas Thalau- CDU	fehlt entschuldigt
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Nil Gersdorf- CDU	fehlt entschuldigt
Bernd Mewes- BfL	fehlt entschuldigt
Natalie Regier- BfL	fehlt entschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.12.2016
5.	Mitteilung des Vorsitzenden
6.	Berichte
6.1.	Neue Mietobergrenzen ab 01.01.2017 -mündlicher Bericht Frau Leu-
6.2.	WLAN-Zugang in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge (VO/2016/03325, Interfraktioneller Antrag) Vorlage: VO/2016/04050
7.	Beschlussvorlagen
8.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
9.	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
9.1.	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 07.03.2017 Vorlage: VO/2017/04673
9.2.	Antwort auf ergänzende Anfrage AM Akyurt zum Wirtschaftsplan 2017 der SIE -VO/2016/04250- (Sitzung 06.12.2016, TOP 10, geplante Neueinstellungen von Azubis)
9.3.	Derzeitige Situation im Amt für Ausbildungsförderung (Bewilligung von BAföG-Leistungen)
10.	Anfragen
10.1.	Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes II und III - Anfrage AM Heidi Menorca - Vorlage: VO/2017/04574
11.	Anträge von Ausschussmitgliedern

11.1.	Anpassung der Mietobergrenzen für Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger*innen - Antrag AM Rolf Klinkel - Vorlage: VO/2016/04407
11.2.	Armut- und Sozialbericht - Themenschwerpunkt Altersarmut gemeinsamer Antrag der AMer Heidi Menorca, Joachim Schlitzke, Michelle Akyurt, Katjana Zunft, Nathalie Regier, Ingo Schaffenberg Vorlage: VO/2017/04669
11.3.	Zukunft der SIE - Antrag AM Andreas Sankewitz Vorlage: VO/2017/04645
12.	Verschiedenes
19.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

<b>zu 1</b>	<b>Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören</b>
-------------	--

Der Vorsitzende eröffnet die 29. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013/2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, Herrn Gebert als neuen Vorsitzenden des Seniorenbeirats, Herrn Jugert (ebenfalls Seniorenbeirat), einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Frau Zunft wird sich aus beruflichen Gründen ein wenig verspäten (Anwesenheit ab 16.16 Uhr, TOP 6.1).

Herr Nehrhoff vertritt Herrn Mewes, Frau Regier wird durch Herrn Krause vertreten. Frau Thors und Frau Wolter vertreten Frau Gersdorf und Herrn Thalau.

Der Vorsitzende verpflichtet Frau Thors und Frau Wolter gemäß § 46 Abs. 6 GO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

***Der Ausschuss nimmt Kenntnis.***

<b>zu 2</b>	<b>Feststellung der Beschlussfähigkeit</b>
-------------	--

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

***Der Ausschuss nimmt Kenntnis.***

<b>zu 3</b>	<b>Feststellung der Tagesordnung</b>
-------------	--------------------------------------

Unter dem TOP 9 – Mitteilungen aus dem Fachbereich 2 – werden heute weiterhin zu folgenden Themen Mitteilungen gegeben:

9.2 Antwort auf ergänzende Anfrage AM Akyurt zum Wirtschaftsplan 2017 der SIE - VO/2016/04250- (Sitzung 06.12.2016, TOP 10, geplante Neueinstellungen von Azubis)

9.3 Derzeitige Situation im Amt für Ausbildungsförderung (Bewilligung von BAföG-Leistungen)

Im Zusammenhang mit der Beratung des Antrags zu TOP 11.3 „Zukunft der SIE“ wird Frau Roggensack mit Zustimmung des Ausschusses kurz über die aktuelle Auslastung der SIE berichten.

Die Verwaltung beantragt außerdem, die Vorlage zur „Ausschreibung eines Rahmenvertrages für die Bewachung und Bestreifung einiger bedarfsorientierter ausgewählter Ge-

meinschaftsunterkünfte“ dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung zuzuordnen und unter TOP 15.1 zu beraten. Die Vorlage enthält eine Begründung für den Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der Ausschuss beschließt einstimmig eine Beratung der Angelegenheit im nichtöffentlichen Teil.

Der Zuordnung der TOPe 13,14 sowie 16 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird ebenfalls einstimmig zugestimmt.

***Die Tagesordnung ist damit festgestellt.***

<b>zu 4</b>	<b>Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.12.2016</b>
-------------	---

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände vorgetragen.

***Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.***

<b>zu 5</b>	<b>Mitteilung des Vorsitzenden</b>
-------------	------------------------------------

Der Vorsitzende verweist auf die vor Sitzungsbeginn umverteilte Liste der Frühlingsfeste in den SIE.

***Der Ausschuss nimmt Kenntnis.***

<b>zu 6</b>	<b>Berichte</b>
-------------	-----------------

<b>zu 6.1</b>	<b>Neue Mietobergrenzen ab 01.01.2017 -mündlicher Bericht Frau Leu-</b>
---------------	---

Frau Leu berichtet zum Thema Mietobergrenzen 2017. Aufgrund des neuen Mietspiegels 2016 war die Überprüfung der Mietobergrenzen erforderlich geworden. Das ab dem 01.01.2017 geltende neue „Schlüssige Konzept“ sowie die „Internen Bearbeitungshinweise“ zu den Kosten der Unterkunft wurden den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales bereits am 20.12.2016 per mail übersandt.

Bei der Ermittlung der Mietobergrenzen sei darauf zu achten, dass es eine Gerechtigkeit gegenüber geringverdienenden Nichtleistungsbeziehern gibt. Es kann nicht zu einem Ergebnis kommen, in dem sich ein Leistungsempfänger eine teurere Wohnung anmieten darf.

Daneben schaffen höhere Mietobergrenzen allein keinen neuen Wohnraum. Die Erhöhung der Mietobergrenze führt teilweise zu Mitnahmeeffekten bei den Vermietern und hat so Auswirkungen auf das Mietpreisniveau.

Höhere Mietobergrenzen lösen auch nicht die Probleme der Wohnungssuche von Personen mit sogenannten Marktzugangsproblemen, wie z.B. eine negative Schufa-Auskunft.

Das „Schlüssige Konzept“ wurde anhand der Rechtsprechung des BSG ermittelt und soll das untere Drittel des Wohnungsmarktes abbilden. Es gibt verschiedene Berechnungsmodelle. In Lübeck wurde sich für die Perzentil-Methode entschieden. Bei der Ermittlung der Nettokaltmieten wurde ein Korridor von +/-10 qm um die angemessene Wohnungsgröße zu Grunde gelegt.

Bei den Betriebskosten wurde der Durchschnitt der Betriebskosten des bundesweiten Betriebskostenspiegels mit 1,77 EUR ermittelt. Der Aufschlag aus dem Jahr 2015 wegen der in Lübeck erhöhten Müllgebühren wurde beibehalten, sodass auch hier weiterhin mit 1,87 EUR kalkuliert wurde.

Es kam insgesamt bei den 1-Personen-Haushalten zu einer wesentlichen Erhöhung um 20,- EUR von 360,- auf 380,- EUR. Bei der Berechnung der 4- und 5-Personen-Haushalte ergab sich ein geringerer Betrag, sodass hier als Bestandsschutz die alte Mietobergrenze beibehalten wurde.

Im Hinblick auf den angespannteren Wohnungsmarkt erfolgt eine Kürzung auf die Mietobergrenze nicht, wenn nachgewiesen wird, dass tatsächlich kein Wohnraum gefunden wurde.

Außerdem ist eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für einen möglichen Umzug eingeführt worden, bei der auch die Kosten, z.B. Umzugskosten und Kosten für eine neue Mietsicherheit, den Einsparungen gegenüber gestellt werden.

Auf Nachfrage von Frau Akyurt, dass die Steigerungen im Mietspiegel nicht in den Mietobergrenzen wiederzufinden sind, ergänzt Frau Leu, dass dies an der anderen Berechnungsmethode liegt. Im Jahr 2013 standen aus Datenschutzgründen nicht sämtliche Daten des Mietspiegels zu Verfügung.

Die Idee von Frau Akyurt, einheitliche Vorgaben für Anforderungen zum Nachweis der erfolglosen Wohnungssuche zu machen, nimmt Frau Leu auf.

Herr Klinkel verweist auf den schwierigen Wohnungsmarkt in Lübeck.

Es wird von Frau Zunft bemängelt, dass nach ihrer Erfahrung betroffene Personen für die Mietobergrenzen keinen Wohnraum finden. Die Neuanmietungen seien deutlich teurer. Die Erfahrung mache sie insbesondere, wenn Frauen aus den Frauenhäusern ausziehen sollen.

Frau Leu verweist darauf, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jobcenter und Bereich Soziale Sicherung aufgefordert sind, im Einzelfall zu entscheiden und hier auch die Möglichkeit haben, einer Wohnungsanmietung über der Mietobergrenze zuzustimmen.

Das „Schlüssige Konzept“ sei gerade Gegenstand eines gerichtlichen Eilverfahrens. Daneben sei ein Verfahren zu den alten Mietobergrenzen beim Landessozialgericht anhängig.

Solche Entscheidungen dauern leider sehr lange und können sich auch bis zu 6 Jahre hinziehen.

Auf Nachfrage von Herrn Petereit wird zugesagt, das Ergebnis des Eilverfahrens zu kommunizieren.

Frau Zunft appelliert noch einmal, betroffenen Personen im Einzelfall die erforderlichen Hilfen zukommen zu lassen.

***Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.***

***Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt Herr Klinkel, dass sich sein Antrag betr. „Anpassung der Mietobergrenzen für Hartz IV- und SozialhilfeempfängerInnen“ (siehe TOP 11.1) damit erledigt hat.***

Herr Senator Schindler kündigt für die nächste Ausschusssitzung einen gemeinsamen mündlichen Bericht der Fachbereiche 2 und 5 zur aktuellen Wohnungsbauentwicklung an.

<b>zu 6.2</b>	<b>WLAN-Zugang in Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge (VO/2016/03325, Interfraktioneller Antrag) Vorlage: VO/2016/04050</b>
---------------	---

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

***Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.***

<b>zu 7</b>	<b>Beschlussvorlagen</b>
-------------	--------------------------

Es liegt nichts vor.

<b>zu 8</b>	<b>Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft</b>
-------------	--

Es liegt nichts vor.

<b>zu 9</b>	<b>Mitteilungen aus dem Fachbereich 2</b>
-------------	---

**zu 9.1 Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte  
Sitzung Ausschuss für Soziales am 07.03.2017  
Vorlage: VO/2017/04673**

Auf die Frage von Frau Menorca, ob der auf der Liste verbliebene Auftrag bezüglich der „Koordinierungsstelle Ehrenamt“ nicht für erledigt erklärt werden könne, verweist Herr Wulf auf derzeit laufende Gespräche der Freien Wohlfahrtsverbände (untereinander). Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

***Der Ausschuss nimmt Kenntnis.***

**zu 9.2 Antwort auf ergänzende Anfrage AM Akyurt zum Wirtschaftsplan 2017 der SIE  
-VO/2016/04250- (Sitzung 06.12.2016, TOP 10, geplante Neueinstellungen von  
Azubis)**

Frau Roggensack teilt mit, dass für die Jahre 2017 und 2018 jeweils 11 Auszubildende eingestellt werden sollen.

Die Hansestadt Lübeck betreibt zurzeit 8 SIE, davon wird jedoch 2019 die SIE Schönböcker Straße gemäß Bürgerschaftsbeschluss vom November 2015 geschlossen. Grundlage für die Einstellung der Anzahl der Auszubildenden ist der Bedarf (Pflegerkräftemangel) sowie die Anzahl der in den Häusern eingesetzten MentorInnen und PraxisanleiterInnen. Ferner ist die Einstellung abhängig von der Anzahl der landesgeförderten Schulplätze und von den Vergütungsverhandlungen. Bei den SIE werden seit Jahren grundsätzlich jedes Jahr 8 Auszubildende in der Pflege eingestellt (in jeder SIE 1). Die Hansestadt Lübeck zahlt kein Schulgeld, da die SIE jedes Jahr 8 landesgeförderte Schulplätze beim Institut für Berufliche Aus- und Fortbildung (IBAF) erhält. Durch den Bürgerschaftsbeschluss vom November 2015 (Schließung der achten SIE) ist es geplant, künftig 7 Auszubildende in der Pflege einzustellen. Auf Nachfrage von Frau Akyurt bestätigt Herr Diekert, dass der Bedarf von 7 Auszubildenden besteht.

In der Hauswirtschaft wurden ebenfalls seit Jahren grundsätzlich Ausbildungsplätze bereitgestellt. Durch den Bürgerschaftsbeschluss vom November 2015, der unter anderem beinhaltet, dass die Ausbildung in der Hauswirtschaft bedarfsgerecht erfolgen soll, ist ab 2017 die Ausbildung auf 4 Ausbildungsplätze reduziert worden.

***Der Ausschuss nimmt Kenntnis.***

***Frau Akyurt und Frau Menorca bitten um entsprechende Protokollierung; Frau Akyurt erklärt ihre (erg.) Anfrage für erledigt.***

**zu 9.3 Derzeitige Situation im Amt für Ausbildungsförderung (Bewilligung von  
BAföG-Leistungen)**

Die Verwaltung berichtet aus aktuellem Anlass zum Thema.

Gleichzeitig wird Bezug genommen auf das Schreiben der SchülerInnenvertretung der Dorothea-Schlözer-Schule vom 27.02.2017 an das BAföG-Team, das am 04.03.2017 per email u.a. auch an Herrn Senator Schindler und den Vorsitzenden zur Stellungnahme übersandt und vor Sitzungsbeginn an die Ausschussmitglieder verteilt wurde.

Herr Wulf erklärt, derzeit seien ca. 300 (von ca. 1400) Anträge auf Bewilligung von BAföG-Leistungen unbearbeitet.

Die Gründe dafür seien vielfältig. In der Hochphase der Antragstellung Sommer/Herbst ergaben sich verschiedene massive Problemstellungen, die nicht durch den Bereich Soziale Sicherung steuerbar waren:

- Neubesetzung der Abteilungsleitungsstelle (nach 9 monatiger Vakanz), der Teamleitungsstelle sowie von 2 Stellen Sachbearbeitung - alle ohne Vorkenntnisse zum Thema BAföG, dadurch fehlende Fachkompetenz und Routine auf allen Ebenen
- Aufwendiger Umzug erforderlich wg. der zwei zusätzlichen Kräfte
- Neue Fachsoftware, zeitaufwendige Einarbeitung, Probleme mit Programm
- Technische Probleme
- Krankheitsausfälle

Es wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, um die Abarbeitung der Rückstände zu forcieren. Der Einsatz weiterer MitarbeiterInnen zur Unterstützung würde wg. fehlender Fachkenntnisse keinen Sinn machen.

Ziel sei es, die o.a. Anträge bis Ende April d.J. zu bescheiden.

Vorschussleistungen sehe das Programm (Landesmittel!) nicht vor; diesbezüglich werde die Verwaltung erneut das Land kontaktieren.

Frau Borso berichtet, dass das Jobcenter aufgrund der Gesetzesänderung zum 01.08.2016 in Fällen, in denen nach dortiger überschlägiger Prüfung zusätzlich zu den BAföG-Leistungen aufstockende SGB II-Leistungen zu bewilligen sind, entsprechende Überbrückungsleistungen gewährt. Diesbezüglich wurde bereits im November 2016 zwischen dem Bereich Soziale Sicherung und dem Jobcenter eine Absprache getroffen und seitdem umgesetzt.

Die von Frau Akyurt vorgeschlagene „pragmatische Lösung, das Jobcenter bearbeite alle o.a. Fälle mit der Folge der Kostenerstattung“, wäre nach Aussage mit Frau Borso mit einem enormen Verwaltungsaufwand verbunden (Gewährung von SGB II-Leistungen verbunden mit dem gesamten Prüfungsablauf).

Es sprechen außerdem Herr Petereit, Herr Klinkel, Herr Schaffenberg, Herr Stabe, Frau Menorca und Herr Schlitzke.

Frau Zunft hätte sich eine frühzeitige Information gewünscht; sie hofft auf eine pragmatische, gesetzesnahe Lösung und bittet in diesem Zusammenhang, die telefonische Erreichbarkeit ausschließlich an den Vormittagen zu überdenken. Herr Wulf sagt eine Prüfung zu.

Auf Vorschlag von Herrn Senator Schindler wird die Verwaltung nun ein zuvor mit dem Ausschuss abgestimmtes Antwortschreiben an die SchülerInnenvertretung der Dorothea-Schlözer-Schule auf den Weg bringen.

Gleichzeitig soll nach Aussage des Vorsitzenden „ein deutliches Signal gegenüber dem Land gesetzt werden“.

***Der Ausschuss nimmt Kenntnis.***

<b>zu 10      Anfragen</b>
----------------------------

**zu 10.1 Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes II und III - Anfrage AM Heidi Menorca -  
Vorlage: VO/2017/04574**

**Anfrage:**

*Welche Auswirkungen haben das Pflegestärkungsgesetz II und III auf die Seniorenheime der Hansestadt Lübeck? Insbesondere auf den Wirtschaftsplan, das strukturelle Defizit und die Auslastung.*

Frau Roggensack gibt einen kurzen Überblick über die sich aus den PSG II und III ergebenden Neuerungen und stellt gleichzeitig klar, dass Auswirkungen speziell auf den Wirtschaftsplan der SIE derzeit noch nicht betitelt werden können.

Frau Menorca wird gebeten, ihre Anfrage in ein paar Monaten gfs. zu wiederholen.  
Frau Menorca ist einverstanden.

(Anmerkung: Auf die Ausführungen zu TOP 11.3 wird verwiesen. Herr Sankewitz hat mit Zustimmung des Ausschusses seinen Berichtsantrag entsprechend erweitert – siehe Ziffer 4., so dass die o.a. Anfrage von Frau Menorca hierüber abgewickelt wird).

**zu 11 Anträge von Ausschussmitgliedern**

**zu 11.1 Anpassung der Mietobergrenzen für Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger\*innen  
- Antrag AM Rolf Klinkel -  
Vorlage: VO/2016/04407**

**Antrag:**

*Der Bereich Soziale Sicherung wird gebeten, über die Anpassung der Mietobergrenzen für Leistungsempfängerinnen und –empfänger nach dem SGB II (Hartz IV) und dem SGB XII (Sozialhilfe) an den neuen Mietspiegel zu berichten.*

**Erledigt** – siehe Ausführungen unter TOP 6.1 -

**zu 11.2 Armuts- und Sozialbericht - Themenschwerpunkt Altersarmut gemeinsamer Antrag der AMer Heidi Menorca, Joachim Schlitzke, Michelle Akyurt, Katjana Zunft, Nathalie Regier, Ingo Schaffenberg  
Vorlage: VO/2017/04669**

**Antrag:**

*Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des Armuts- und Sozialberichts 2012 zu dem, von den Fraktionen gemeinsam ausgewählten, Themenschwerpunkten „Alter/Altersarmut, Arbeit und Wohnen“, eine Übersicht mit den konkreten Maßnahmen zur Senkung und Vermeidung von Armut zu erstellen, die in Lübeck bereits vorhanden sind.*

*Interfraktionell vereinbart ist, dass zuerst das Thema „Alter/Altersarmut“ von der Verwaltung bearbeitet wird, dann das Thema „Arbeit“ und abschließend das Thema „Wohnen“.*

*Diese erstellte Übersicht ist Basis für die Erarbeitung der weiteren Vorgehensweise und Umsetzungsmöglichkeiten in Lübeck durch die Verwaltung, gemeinsam mit den sozialpolitischen Sprechern der Fraktionen und dem Vertreter der „AG Freie Wohlfahrtsverbände“.*

*Der Auftrag vom 03.03.2015*

*„Die Verwaltung wird beauftragt,*

- 1. aufgrund des Armuts- und Sozialberichts 2012*
  - a) kommunale Handlungsempfehlungen zur kurz-, mittel- und langfristigen Senkung bzw. Vermeidung von Armut zu entwickeln,*
  - b) Wirkungen der einzelnen Maßnahmen aufzuzeigen,*
  - c) jeweils Kosten darzulegen und*
  - d) entsprechende Deckungsvorschläge zu machen.*
- 2. Der Bericht mit den in Punkt 1 aufgeführten Inhalten in der Sitzung des Sozialausschusses im September 2015 vorzulegen“*

*wird hiermit aufgehoben. Wie im Austausch zwischen Verwaltung, sozialpolitischen Sprechern der Fraktionen und dem Vertreter der „AG Freie Wohlfahrtsverbände“ sichtbar wurde, sind die im Armuts- und Sozialbericht 2012 beschriebenen Sachverhalte so vielfältig und so komplex, dass es angezeigt ist, über Themenschwerpunkte zum gezielten Handeln gegen Armut in Lübeck zu kommen.*

*\*(Bei einem Themenschwerpunkt „Kinder + Jugendliche bzw. Bildung“ bitte ergänzen: in Zusammenarbeit der Fachbereiche 2 und 4)*

Herr Schaffenberg erklärt im Namen aller Antragsteller, dass der „Sternchen-Zusatz“ ganz unten im Antrag zu streichen ist.

***Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Antrag in der geänderten Fassung stattzugeben.***

**zu 11.3 Zukunft der SIE - Antrag AM Andreas Sankewitz  
Vorlage: VO/2017/04645**

## **Antrag:**

*Die Mietverträge der SIE- Einrichtungen Dreifelderweg, Prassekstraße, Dornbreite und Elswigstraße laufen im Jahr 2020 aus. Angesichts der laufenden Zukunftsplanungen der SIE stellt sich die Frage, wie die SIE mit dieser Situation umgehen wollen.*

*1. Der Bürgermeister möge daher berichten,*

- wie eine Verlängerung der Mietverträge aussehen könnte;*
- wer jeweils Vertragspartner der SIE ist;*
- über beabsichtigte Laufzeiten und mögliche Miethöhen;*
- über mindestens erforderliche Modernisierungsarbeiten, in Abhängigkeit von den beabsichtigten Laufzeiten an den einzelnen Standorten;*
- über die jeweiligen Auswirkungen auf das Betriebsergebnis.*

*2. Gleichzeitig möge der Bürgermeister berichten, ob und wie (Ersatz-) Neubaulösungen eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Alternative zu Vertragsverlängerungen der bestehenden Altbauten sein können.*

*3. Der Mietvertrag für das HGH, der 2019 endet, ist ausdrücklich nicht Gegenstand dieser Frage. Hier wird von einer Verlängerung ausgegangen. Der Bürgermeister möge nur berichten, wenn diese Einschätzung nicht geteilt wird.*

*Dem Sozialausschuss ist bis zur Septembersitzung zu berichten.*

---

Herr Sankewitz begründet seinen Antrag. Dieser wird kontrovers diskutiert. Es sprechen Frau Menorca, Frau Akyurt (u.a. zu den Themen „Neubaulösung“ und „Verlängerung der Mietverträge“), Herr Stabe (wünscht eine „saubere“ Grundlage für weitere Entscheidungen), Herr Schaffenberg, Herr Krause, Frau Zunft, Herr Klinkel, Herr Schlitzke sowie Herr Senator Schindler.

Auf Vorschlag von Frau Menorca ändert bzw. ergänzt Herr Sankewitz seinen Antrag wie folgt:

*1. Der Bürgermeister möge berichten,*

- wie eine Verlängerung der Mietverträge aussehen könnte;*

- wer jeweils Vertragspartner der SIE ist;

- über beabsichtigte Laufzeiten und mögliche Miethöhen;

- über mindestens erforderliche Modernisierungsarbeiten, in Abhängigkeit von den beabsichtigten Laufzeiten an den einzelnen Standorten;

- über die jeweiligen Auswirkungen auf das Betriebsergebnis.

2. Gleichzeitig möge der Bürgermeister berichten, ob und wie ~~(Ersatz-)Neubaulösungen~~ eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Alternativen zu Vertragsverlängerungen der bestehenden Altbauten sein können.

3. Der Mietvertrag für das HGH, der 2019 endet, ist ausdrücklich nicht Gegenstand dieser Frage. Hier wird von einer Verlängerung ausgegangen. Der Bürgermeister möge nur berichten, wenn diese Einschätzung nicht geteilt wird.

**4. Abschließend möge der Bürgermeister berichten, welche Auswirkungen das Pflegestärkungsgesetz II und III auf die SIE haben, insbesondere auf den Wirtschaftsplan, das strukturelle Defizit und die Auslastung.**

Dem Sozialausschuss ist bis zur Septembersitzung zu berichten.

---

**Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Antrag in der geänderten Fassung stattzugeben.**

Herr Senator Schindler und Frau Roggensack berichten abschließend wie angekündigt über die positiven Effekte der eingesetzten Werbemittel für die Auslastung der SIE. Durch die Werbung seien die SIE „Stadtgespräch“, mehrere Häuser seien zu 100 % ausgelastet. Aufgrund der Werbung würden in letzter Zeit auch vermehrt Initiativbewerbungen eingehen.

Zurzeit sei eine verstärkte Nachfrage nach Kurzzeitpflegeplätzen zu verzeichnen; der Geronto-Bereich der SIE Am Behnckenhof sei weiterhin nicht so stark nachgefragt.

Die MDK-Prüfung für die SIE Solmitzstraße ergab aktuell die Note 1,0.

<b>zu 12</b> <b>Verschiedenes</b>
-----------------------------------

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag, den 04.04.2017, im VZM Mühlen-  
tor, statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit  
her.

<b>zu 19      Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse</b>
--

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung die Niederschrift der letz-  
ten Ausschusssitzung genehmigt sowie eine Vorlage beraten wurde.

Lübeck, den 5. April 2017

Andreas Sankewitz  
Vorsitzende/r

Britta Bormann  
Protokollführung